

### Kämpfe in Südlibanon

BEIRUT: Bei Kämpfen zwischen zwei Palästinenser-Fraktionen im südlibanesischen Flüchtlingslager Ein el Hilweh sind am Dienstag mindestens zwei Menschen getötet und sechs weitere verletzt worden. Bei der Auseinandersetzung standen sich Guerilla-Kämpfer der Fatah-Bewegung von Palästinenserpräsident Jassir Arafat und Angehörige der islamisch-fundamentalistischen Splittergruppe Asbat el Nur gegenüber. Die Spannungen zwischen den beiden Gruppierungen bestehen bereits seit mehr als einem Monat. Damals hatten Palästinenser den libanesischen Sicherheitskräften geholfen, einen Libanesen zu schnappen, der drei Angehörige des Armee-Geheimdienstes getötet hatte.

### Burundi-Friedensgespräche

NAIROBI/DARESSALAM: Zum ersten Mal seit Ausbruch des Bürgerkriegs in Burundi verhandeln Vertreter der Regierung und radikale Rebellen direkt miteinander. Den Vorsitz hat der südafrikanische Vize-Präsident Jacob Zuma inne. Beobachter rechnen jedoch nicht mit einem Durchbruch bei den für drei Wochen angesetzten Verhandlungen. Die Rebellengruppen sprechen zwar erstmals mit Delegierten von Präsident Pierre Buyoya. Doch schon im Vorfeld gelten einige ihrer Forderungen, wie etwa die nach einer Eingliederung in die Regierungsarmee, als nicht erfüllbar. In Burundi kämpfen Milizen vom Stamm des Mehrheitsvolkes der Hutu gegen die Minderheitenregierung der Tutsi unter Präsident Pierre Buyoya. Unter Vermittlung des ehemaligen südafrikanischen Präsidenten Nelson Mandela hatten die Kriegsparteien im vergangenen November eine gemeinsame Übergangsregierung unter Buyoya vereinbart.

### Grenzzwischenfall

ZAGREB/LJUBLJANA: An der See-grenze zwischen Kroatien und Slowenien ist es erneut zu einem Zwischenfall gekommen. Beide Seiten warfen sich am Dienstag die Verletzung der umstrittenen Grenzlinie in der Adria-bucht von Piran vor. Kroatiens Aus-senminister Tonino Picula versicherte, dass sein Land alles gegen eine Eskalierung des Grenzproblems unternehmen werde.

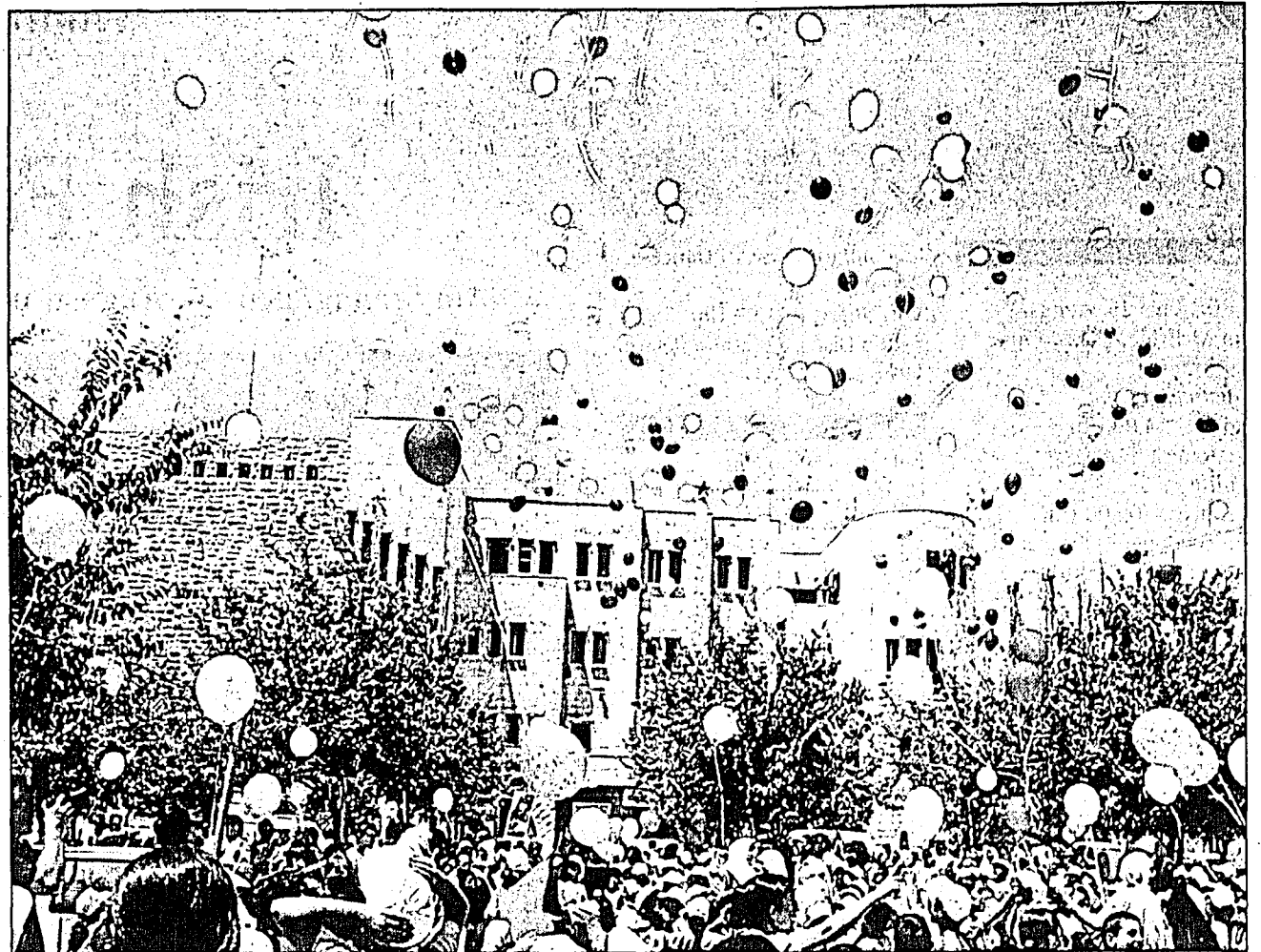
# Palästinenser dürfen vorerst bleiben

Israel: Aufschub der Ausweisungsanordnung um 15 Tage

JERUSALEM: Die von der israelischen Regierung geplante Ausweisung von Palästinensern aus Familien mit Terrorverdächtigen ist in letzter Minute gestoppt worden. Das Oberste Gericht in Jerusalem beschloss am Dienstag nach einer Beschwerde der Verteidigung, die Ausweisungsanordnung des Militärgerichts für 15 Tage einzufrieren.

In der Zwischenzeit soll es neue Anhörungen geben, ehe ein erweiterter Kreis von Richtern die endgültige Entscheidung treffen wird. Die drei Betroffenen, zwei Männer und eine Frau, hätten am Dienstag aus ihren Wohnorten im Westjordanland in den Gazastreifen gebracht werden sollen. Es handelt sich um zwei Geschwister von Ali Adschuri, der Sprengstoffgürtel für Extremisten vorbereitet haben soll, und den Bruder eines mutmasslichen Hamas-Attentäters. Adschuri wurde kürzlich von Soldaten erschossen, das Haus der Familie im Flüchtlingslager Askar bei Nablus wurde zerstört.

Menschenrechtsgruppen kritisierten die geplante Ausweisung als Kollektivstrafe und Verstoß gegen das Völkerrecht. Solche Massnahmen würden den Zweck einer Abschreckung verfehlen und nur zu neuen Selbstmordanschlägen führen, sagte der Leiter der Israelischen Menschenrechtsvereinigung, Dan Jakir. Auch der palästinensische Präsident Jassir Arafat verurteilte den Ausweisungsbeschluss als inakzeptables Verbrechen. Mark Sofer vom israelischen Aussenministerium erklärte hingegen, die Welle von Selbstmordanschlägen in den vergangenen Wochen lasse Israel keine andere



Kinder demonstrierten mit bunten Ballons gestern in Bethlehem für Frieden zwischen Israelis und Palästinensern.

Wahl, als zu «unüblichen Massnahmen zu greifen, die wir lieber vermeiden hätten».

Auch am Dienstag zerstörten Soldaten im südlichen Westjordanland wieder zwei Häuser von Terrorverdächtigen. Die Bewohner eines Hauses in Doha sahen zu, wie die Soldaten am frühen Morgen Sprengladungen zur Explosion brachten. Das Gebäude gehörte nach Angaben der Armee ei-

nem Selbstmordattentäter, der im Mai südlich von Tel Aviv zwei Passanten mit in den Tod gerissen hatte. Seit Mitte Juli wurden 20 Häuser auf diese Weise zerstört.

Unterdessen lehnte die islamische Organisation Hamas eine Einstellung ihrer Selbstmordanschläge in Israel ab. «Das palästinensische Volk ist entschlossen, den Widerstand bis zum Ende der Besatzung fortzusetzen», sag-

te Hamas-Sprecher Ismail Abu Schahab im Gazastreifen. Die Hamas stellt sich damit gegen die Bemühungen Arafats, die extremistischen Organisationen Hamas und Islamischer Dschihad zu einem Verzicht auf neue Gewalttaten zu bewegen. Seit Beginn der zweiten palästinensischen Intifada sind bei 75 Selbstmordanschlägen mehr als 250 Menschen getötet worden.

## Druck auf Weisse wächst

HARARE: Vier Tage nach Ablauf eines Ultimatums der simbabwischen Regierung wächst der Druck auf rund 3000 weisse Farmer, die ihre Ländereien nicht verlassen wollen. Die Vereinigung der Farmer berichtete am Dienstag von verstärkten Drohungen. Fünf Landwirte im Südosten des Landes verliessen den Angaben zufolge ihre Höfe, nachdem Vertreter der örtlichen Behörden,

Polizei und Soldaten erschienen waren und sie eingeschüchert hatten.

Ähnliche Einschüchterungsversuche wurden auch aus anderen Regionen gemeldet. Der Präsident der Bauerngewerkschaft, Colin Cloete, sprach von einer «Taktik des Drucks» seitens der Behörden. Die Landbesitzervereinigung vertritt nach eigenen Angaben etwa 4000 weisse Farmer.

## Annäherung in Korea

Gespräche zu Familienzusammenführungen

SEOUL: Die Unterhändler der beiden koreanischen Staaten haben am zweiten Tag ihrer Gespräche in Seoul weitere Fortschritte gemeldet. Dabei ging es um eine grenzüberschreitende Eisenbahnverbindung, eine neue Runde der Familienzusammenführung und den Sportaustausch.

Die Verhandlungsrunde zur Fortsetzung des 2000 eingeleiteten, zuletzt aber neun Monate lang unterbrochenen Versöhnungsprozesses soll am Mittwoch abgeschlossen werden. Nordkorea drohte unterdessen mit einem Rückzug von dem Atomabkommen mit den USA aus dem Jahr 1994. Ein Mitglied der südkoreanischen Delegation sprach von einer guten Gesprächsatmosphäre und substanziellen Diskussionen. «Es läuft gut», sagte der nordkoreanische Chefunterhändler Kim Ryong Song. Vor dem Tagungshotel demonstrier-

ten rund 100 Kriegsveteranen gegen die Gespräche und verbrannten eine nordkoreanische Flagge. Sie verlangten Aufklärung über das Schicksal von zehntausenden Südkoreanern, die seit dem Koreakrieg von 1950 bis 1953 verschwunden sind. Die Demonstranten wandten sich gegen die so genannte Sonnenscheinpolitik von Präsident Kim Dae Jung gegenüber dem kommunistischen Norden.

Nach dem Abkommen mit den USA verzichtet Pjongjang für den Bau von zwei Atomreaktoren auf die Entwicklung von Atomwaffen. Um das Abkommen zu erhalten, müsse Washington das Land für den Strommangel entschädigen, der wegen der Verzögerung des Baus der Reaktoren entstanden sei. Der Strommangel habe die Wirtschaft in grosse Schwierigkeiten gebracht, erklärte ein Sprecher des Aussenministeriums am Dienstag der amtlichen Nachrichtenagentur KCNA.



Vor dem Tagungshotel demonstrieren rund 100 Kriegsveteranen gegen die Gespräche und verbrannten eine nordkoreanische Flagge.

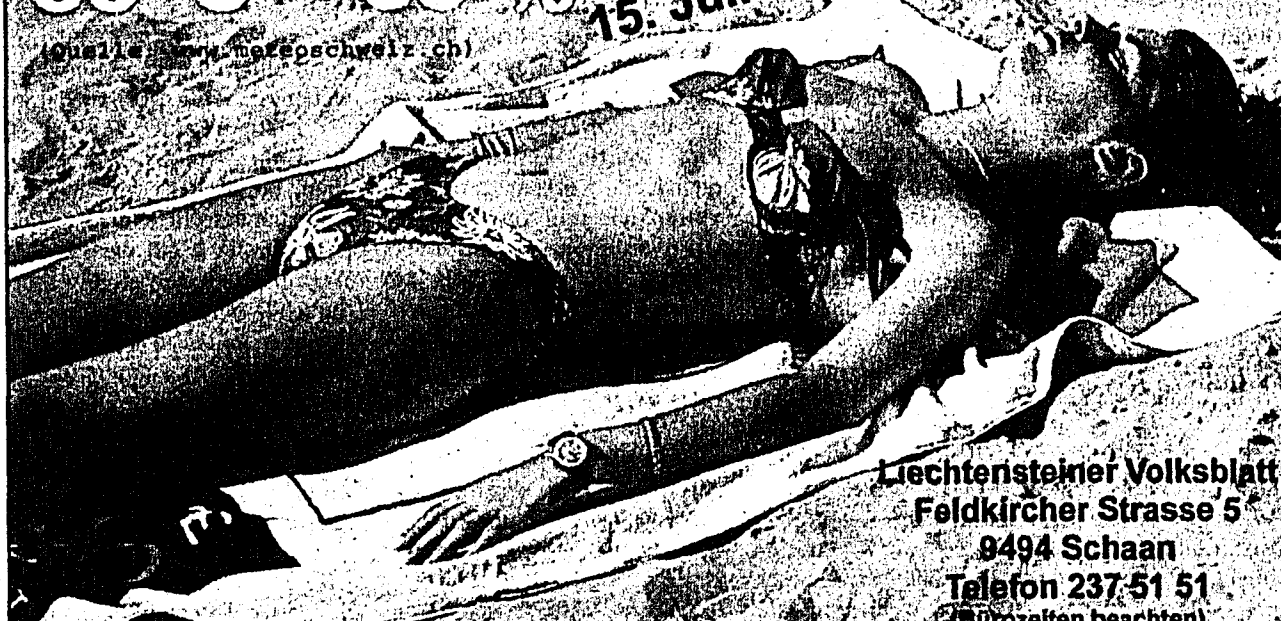
## Schwitzen und sparen

Wenn das Thermometer 23°C oder mehr anzeigt, können Sie Ihre Energie sparen und Sie erhalten auf Ihre morgige Wäsche ein Rabatt von 33% auf die Tagestemperatur als Rabattsatz.

Beispiel:

33°C = 33%

Summerhit'z  
15. Juli bis 15. August 2002



Liechtensteiner Volksblatt  
Feldkircher Strasse 5  
9494 Schaan  
Telefon 237-51 51  
(Bürozeiten beachten)

Davon ausgeschlossen sind bestehende Inseratsverträge. In der Schweiz: Liechtensteiner Volksblatt, Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan, Telefon 237-51 51. In Österreich: Liechtensteiner Volksblatt, Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan, Telefon 237-51 51. In Deutschland: Liechtensteiner Volksblatt, Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan, Telefon 237-51 51.